



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	29.07.2015

TOP 25. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Künzer richtet einen Appell an die Ratsmitglieder, die persönlichen Diffamierungen zu unterlassen. Er empfiehlt die Lektüre der Ausgabe 23/2015 unter www.zeit-online.

b) Herr Jentsch kritisiert, dass TOP 22 nicht von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. RM Wehlage habe keine Möglichkeit der Stellungnahme gehabt. Das, was in der Presse stehe, müsse nicht stimmen. BM Ulrichs antwortet, dass im Ordnungswidrigkeitsverfahren ermittelt werde, ob der Vorwurf gerechtfertigt sei. RM Wehlage habe Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Es bestehe auch die Möglichkeit, dass das Verfahren eingestellt werde. Das Recht zur Missbilligung müsse auch bei Abwesenheit des Betroffenen gegeben sein. BM Ulrichs habe mit RM Wehlage vor der Sitzung ein kurzes Telefonat geführt.

c) Frau Voßwinkel bezeichnet es als eine Frage des Stils, ob in Abwesenheit von RM Wehlage ein Beschluss zu seinen Lasten gefällt werde.

d) Frau Dröst kritisiert, dass Minderheiten mit Worten „niedergemacht“ würden und kaum die Möglichkeit hätten, Gehör zu finden. Sie schätze die Arbeit der Ratsmitglieder sehr, finde jedoch den herrschenden Stil sehr befremdlich.

e) Herr Moroni fragt 2. stellv. BM Rass, was ihre Fraktion dagegen habe, wenn Private unter strengsten Auflagen für Norderneyer bezahlbaren Dauerwohnraum schaffen wollten, und wie sie darauf komme, dass das Namuth-Gelände ein Grünland sei. Es handele sich vielmehr um eine bauliche Brachfläche. 2. stellv. BM Rass antwortet mit der Gegenfrage, wieviel Herr Moroni dafür bekäme. (Red. Anmerkung: Der folgende Disput war aufgrund des einsetzenden Lärms nicht verständlich und kann deshalb nicht korrekt wiedergegeben werden.)

f) Frau Voßwinkel erkundigt sich, wo sie mehr über die Strandnutzungsgebühr erfahren könne. BM Ulrichs antwortet, dass sie als Bürgerin nicht betroffen sei, sondern die Kommune und das Land Niedersachsen seien hier involviert.

g) Frau Scholten erinnert sich, dass Herrn Namuth sen. jahrzehntelang eine Bebauung verwehrt worden sei. Außerdem kritisiert sie die Bebauung auf den Grundstücken Feldhausenstraße/Ecke Rosenweg und Feldhausenstraße/Marienstraße. Sie fragt, ob solche Projekte nicht zu verhindern seien und ob man nicht eine Bebauung nur in den Dimensionen des alten Hauses zulassen könne. BM Ulrichs erläutert, dass man in den letzten Jahren sehr restriktiv mit Bauanträgen umgegangen sei und viel habe nachbessern lassen. Grundsätzlich müsse sich ein Neubau in die nähere Umgebung einfügen.

h) Ein Bürger fragt, ob schon bekannt sei, in welcher Größenordnung die Kommune von Strandnutzungsgebühren betroffen sein könne und ob eine Veränderung auf den Kurbeitrag „umgelegt“ werde. BM Ulrichs antwortet, dass eine Erhöhung des Kurbeitrages nicht

anstehe. Es könne sich bei Strandnutzungsgebühren durchaus um einen fünfstelligen Betrag handeln. Man müsse die Entwicklung in den nächsten Wochen abwarten.

i) Herr Jentsch fragt, ob die Parkplatzgebühren tatsächlich erhöht werden sollten. BM Ulrichs bejaht dies. In den letzten Jahren sei ein sehr hoher Betrag für die Unterhaltung der Parkplätze aufgewendet worden. In diesem Jahr müssten die Maßnahme weitergeführt werden. Die Erhöhung der Gebühren sei sehr moderat.

j) Herr Jentsch spricht Aktionen auf dem Festland gegen Straßenausbaubeiträge an. BM Ulrichs erläutert, dass auf dem Festland teilweise falsche Versprechungen gemacht worden seien. Im Nachhinein sei dann festgestellt worden, dass man gar keinen Ermessensspielraum gehabt habe, um auf Beiträge zu verzichten. Auf Norderney gebe es eine rechtsgültige Straßenausbaubeitragssatzung. Es würden auch in Zukunft entsprechende Beiträge erhoben werden.

k) Herr Künzer fragt, warum in der Hafenstraße die Beschilderung an den Fuß- bzw. Radwegen geändert worden sei (Beschilderung als Fußgängerweg mit Freigabe für Radfahrer). BM Ulrichs antwortet, dass dies aufgrund einer aktuellen Rechtsprechung erfolgt sei. Den Radfahrern sei damit freigestellt, ob sie diesen Weg benutzten oder auf die Straße auswichen. Er sei der Meinung, dass Radfahrer nicht die Hafenstraße befahren sollten. Leider habe das Straßenverkehrsamt eine andere Auffassung vertreten.

l) Herr Johannesdotter meint, wenn bei Kritik der Vergleich mit dem dritten Reich gebraucht werde, sei dies für ihn „der schwerste Hammer, den man einem anderen über den Kopf ziehen könne“. Er erkundigt sich bei RV Terfehr, ob damit für ihn nicht die Schmerzgrenze erreicht sei, und empfiehlt ihm eine abschließende Bemerkung, damit die Äußerung nicht im Raume stehen bleibe. Als Bürger wünsche er sich, dass die gewählten Ratsmitglieder in kritischer, aber verträglicher Weise miteinander umgingen. RV Terfehr gibt Herrn Johannesdotter Recht. Wenn ein Beitrag über eine längere Zeit eine Hetze enthalte und grundsätzlich geprägt sei von einer bestimmten Art von Beleidigungen, sei ein Eingreifen seinerseits selbstverständlich. Wenn er jedoch als Ratsvorsitzender einen längeren Beitrag höre, in dem eine kleine Sequenz einen Sturm im Publikum auslöse, müsse er sehr schnell entscheiden. Er habe nicht feststellen könne, dass das Statement von 1. stellv. BM durchgängig von solch einem Sprachduktus geprägt gewesen sei; dennoch sei das Statement grenzwertig gewesen.

m) Herr de Boer erkundigt sich, warum beim White-Sands-Festival eine Ausnahme vom Nachtfahrverbot für Taxis gemacht werde. BM Ulrichs antwortet, dass an keinem anderen Wochenende so viele Menschen nachts unterwegs seien wie an diesem. Diese Regelung habe sich bewährt. Herr de Boer fragt, ob Betrunkensein eine Mobilitätseinschränkung darstelle. BM Ulrichs verneint dies.

n) Herr de Boer meint, dass bei der Schaffung von Bauland für Norderneyer darauf geachtet werden müsse, dass nicht später Haus und Grund für „dickes Geld“ verkauft werden könne. BM Ulrichs antwortet, dass beim Einheimischenmodell Südwesthörn Regelungen getroffen würden, damit die Grundstücke langfristig in Norderneyer Hand blieben.

o) Herr de Boer erkundigt sich, warum beim Einheimischenmodell Südwesthörn freistehende Häuser vergeben würden. Reihenhausanlagen seien für Norderney sinnvoller. RV Terfehr antwortet, dass der Ausschuss für Bauen und Umwelt diese Anregung aufnehmen werde.